

LANDRATS-SESSION VOM 1. Februar 2017

Sitzung des Landrats vom Mittwoch, 1. Februar 2017, 08.00 Uhr, im Rathaus zu Altdorf

Vorsitz: Landratspräsidentin Frieda Steffen, Andermatt

Protokoll: Ratssekretärin Kristin Arnold Thalmann, Altdorf

Entschuldigungen: Franz-Xaver Arnold, Altdorf
Theophil Zurfluh, Sisikon
Michael Arnold, Altdorf (ab 15.00 Uhr)

Beratungsgegenstände

Siehe Beilage

1 Einberufung des Landrats vom 12. Dezember 2016

Geschäfte

1. Neue parlamentarische Vorstösse

1.1 Allfällige Einreichung und Begründung neuer parlamentarischer Vorstösse

2. Einsetzung einer Spezialkommission

2.1 Einsetzung einer nichtständigen landrätlichen Kommission (Art. 58 GO) zur Prüfung des Geschäfts «Um- und Neubau Kantonsspital Uri»

Ratsleitung

3. Detailberatung und Beschlussfassung

3.1 Totalrevision des Gesetzes über das Kantonsspital Uri, die neue Verordnung über das Kantonsspital Uri und die Genehmigung der Eigentümerstrategie des Regierungsrats für das Kantonsspital Uri

Gesundheits-, Sozial- und Umweltkommission und Regierungsrätin Barbara Bär, Vorsteherin der Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion, Altdorf

3.2 Änderung des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes und der Verordnung über die Eignungsvoraussetzungen für das Kantons- und Gemeindebürgerrecht

Justizkommission und Regierungsrätin Dr. Heidi Z'graggen, Vorsteherin der Justizdirektion, Erstfeld

- 3.3 Änderung der Verordnung über die Berufs- und Weiterbildung (Bergheimatschule Gurtellen)
- Bildungs- und Kulturkommission und Regierungsrat Beat Jörg, Vorsteher der Bildungs- und Kulturdirektion, Gurtellen
- 3.4 Totalrevision der Verordnung über die Schadenwehr
- Sicherheitskommission und Regierungsrat Dimitri Moretti, Vorsteher der Sicherheitsdirektion, Erstfeld
- 3.5 Kantonale Volksinitiative zur Einreichung einer Standesinitiative zur Abschaffung der obligatorischen Neulenkerkurse (WAB-Kurse)
- Sicherheitskommission und Regierungsrat Dimitri Moretti, Vorsteher der Sicherheitsdirektion, Erstfeld
4. Berichte des Regierungsrats
- 4.1 Bericht zu Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für das Bestattungswesen im Kanton Uri (Postulat Andreas Bilger, Seedorf)
- Justizkommission und Regierungsrätin Dr. Heidi Z'graggen, Vorsteherin der Justizdirektion, Erstfeld
- 4.2 Bericht zu Totalrevision des Urner Gastwirtschaftsgesetzes (Postulat Paul Jans, Erstfeld)
- Volkswirtschaftskommission und Regierungsrat Urban Camenzind, Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion, Bürglen
- 4.3 Bericht zur verkehrspolitischen Standortbestimmung für den Kanton Uri (Motion Patrizia Danioth Halter, Altdorf)
- Volkswirtschaftskommission und Regierungsrat Urban Camenzind, Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion, Bürglen
5. Parlamentarische Vorstösse
- 5.1 Motion der CVP-Fraktion (Patrizia Danioth Halter, Altdorf) zu Revision des Spitalgesetzes; Beratung und Beschlussfassung über die Erheblichkeit
- 5.2 Motion der Finanzkommission (Georg Simmen, Realp) zu Stärkung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Finanzkontrolle; Beratung und Beschlussfassung über die Erheblichkeit
- 5.3 Parlamentarische Empfehlung Christian Arnold, Seedorf, zu Wolf in Uri; eventuelle Beratung und Beschlussfassung über die Überweisung

6. Fragestunde

Eröffnung der Sitzung

Landratspräsidentin Frieda Steffen, Andermatt, begrüsst zur ersten Session im 2017 und eröffnet die Sitzung.

Geschäftsliste

Simon Stadler, Altdorf, beantragt, das Traktandum «Motion der CVP-Fraktion (Patrizia Danioth Halter, Altdorf) zu Revision des Spitalgesetzes» vor dem Traktandum «Totalrevision des Gesetzes über das Kantonsspital Uri, die neue Verordnung über das Kantonsspital Uri und die Genehmigung der Eigentümerstrategie des Regierungsrats für das Kantonsspital Uri» zu beraten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen (mit 60:0 Stimmen, 0 Enthaltungen).

Christoph Schillig, Flüelen, beantragt namens der Ratsleitung, die Traktandenliste wie folgt zu ergänzen: «Einsetzung einer nichtständigen landrätlichen Kommission zur Prüfung des Geschäfts Um- und Neubau Kantonsspital Uri».

Daniel Furrer, Erstfeld, beantragt, die Traktandenliste nicht zu ergänzen.

Für die Aufnahme eines neuen Geschäfts in die Traktandenliste ist gemäss Artikel 82 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landrats (GO) das absolute Mehr erforderlich. Anwesend bei dieser Abstimmung sind 61 Ratsmitglieder. Das absolute Mehr beträgt somit 31 Stimmen.

Der Antrag Christoph Schillig auf Ergänzung der Traktandenliste wird mit 42:18 Stimmen (1 Enthaltung) angenommen. Das zusätzliche Traktandum wird nach dem Traktandum «Einreichung und Begründung neuer parlamentarischer Vorstösse» eingeschoben. Die weiteren Traktanden verschieben sich entsprechend.

Die Landratspräsidentin erklärt die Geschäftsliste mit dieser Ergänzung und der beschlossenen Änderung in der Reihenfolge der Beratung als genehmigt.

Geschäfte

1. Neue Parlamentarische Vorstösse

1.1 Nr. 1 L-150 Postulat Daniel Furrer, Erstfeld, zu «Marschhalt bei der Sanierung des Knotens Kastelen und zu einer Gesamtplanung der Verkehrserschliessung im Zusammenhang mit der Sanierung der Umfahrungsstrasse»

Siehe Beilage

2 Text des Postulats vom 1. Februar 2017 mit Begründung

- 1.2 Nr. 2 L-362 Parlamentarische Empfehlung Hans Gisler, Schattdorf, zu Anpassung und Ergänzung des Reglements zum Planungs- und Baugesetz (RPBG; RB 40.1115)

Siehe Beilage

3 Text der Parlamentarischen Empfehlung vom 31. Januar 2017 mit Begründung

- 1.3 Nr. 3 L-630 Interpellation Dr. Toni Moser, Bürglen, zu Fahrzeugbeschaffung und Schadstoffausstoss

Siehe Beilage

4 Text der Interpellation vom 1. Februar 2017 mit Begründung

- 1.4 Nr. 4 L-63 Interpellation Verena Walker, Wassen, zu ärztliche Grundversorgung im Urner Oberland

Siehe Beilage

5 Text der Interpellation vom 1. Februar 2017 mit Begründung

- 1.5 Nr. 5 L-540 Interpellation Alois Arnold (1965), Bürglen, zu Entwicklung des Personalaufwands des Laboratoriums der Urkantone

Siehe Beilage

6 Text der Interpellation vom 1. Februar 2017 mit Begründung

Die Erstunterzeichnerin bzw. der Erstunterzeichner begründet den jeweiligen Vorstoss. Die Vorstösse gehen zur Beantwortung an den Regierungsrat.

2. Einsetzung einer Spezialkommission

- 2.1 Nr. 6 L-500 Einsetzung einer nichtständigen landrätlichen Kommission (Art. 58 GO) zur Prüfung des Geschäfts «Um- und Neubau Kantonsspital Uri»

Christoph Schillig, Flüelen, beantragt, für die Behandlung des Geschäfts «Um- und Neubau Kantonsspital Uri» eine Spezialkommission einzusetzen. Stimmt der Landrat der Einsetzung einer solchen Kommission zu, wird die Ratsleitung gestützt auf den Grundsatzbeschluss des Rats die Mitglieder dieser nichtständigen Kommission wählen (Art. 58 GO) und ein Pflichtenheft aufsetzen.

Der Antrag wird diskutiert.

Ordnungsantrag

Christian Arnold, Seedorf, beantragt, die Abstimmung vorzunehmen.

Der Ordnungsantrag wird mit 39:20 Stimmen (2 Enthaltungen) angenommen.

Der Antrag auf Einsetzung einer Spezialkommission wird mit 41:17 Stimmen (3 Enthaltungen) angenommen. Gestützt auf diesen Grundsatzbeschluss wird die Ratsleitung die Wahl der einzelnen Mitglieder in diese Kommission vornehmen.

3. Detailberatung und Beschlussfassung

Hinweis: Die Behandlung des folgenden Traktandums wird gemäss Beschluss des Landrats vorgezogen.

5.1 Nr. 15 L-630 Motion der CVP-Fraktion (Patrizia Danioth Halter, Altdorf) zu Revision des Spitalgesetzes

Siehe Beilagen

7 Text der Motion vom 25. Mai 2016

8 Antwort des Regierungsrats vom 6. Dezember 2016

Die Zweitunterzeichnerin Claudia Gisler, Bürglen, nimmt Stellung zur Antwort des Regierungsrats.

Die Motion wird mit 60:0 Stimmen (1 Enthaltung) erheblich erklärt.

3.1 Nr. 7 L-630 Totalrevision des Gesetzes über das Kantonsspital Uri, die neue Verordnung über das Kantonsspital Uri und die Genehmigung der Eigentümerstrategie des Regierungsrats für das Kantonsspital Uri

Siehe Beilagen

9 Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 13. Dezember 2016

10 Antrag der landrätlichen Gesundheits-, Sozial- und Umweltkommission vom 11. Januar 2017

3.11 Eintreten

Simon Stadler, Altdorf, beantragt, auf das Geschäft einzutreten. Den gleichen Antrag stellen Nicole Cathry, Altdorf, Petra Simmen, Altdorf, Kurt Gisler, Altdorf, und Dr. Toni Moser, Bürglen.

Eintreten ist nicht bestritten und gilt als beschlossen.

3.12 Detailberatung

3.121 Gesetz über das Kantonsspital Uri (KSUG) (1. Lesung)

Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe d

Dr. Toni Moser, Bürglen, stellt den Antrag, Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe d wie folgt zu ergänzen:

(...) nicht gemindert wird. Die Auslagerung von Kliniken oder Klinikabteilungen an andere Leistungserbringer bedarf der Zustimmung des Landrats.

Der Antrag wird mit 43:18 Stimmen (0 Enthaltungen) abgelehnt.

Artikel 12 Absatz 2

Dr. Toni Moser, Bürglen, beantragt, einen neuen Absatz 2 aufzunehmen. Der bisherige Absatz 2 würde zu Absatz 3. Die beantragte Formulierung zu Absatz 2 lautet wie folgt:

²Das Kantonsspital Uri setzt sich ein für Lohngleichheit bei Mann und Frau sowie für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Markus Zurfluh, Attinghausen, beantragt, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Der Antrag von Dr. Toni Moser wird mit 44:17 Stimmen (0 Enthaltungen) abgelehnt.

Artikel 12 Absatz 3

Thomas Huwyler, Altdorf, beantragt, bei Artikel 12 einen zusätzlichen Absatz aufzunehmen, der wie folgt lautet:

³Das Kantonsspital führt mit den Personalverbänden Verhandlungen über den Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrages.

Markus Zurfluh, Attinghausen, beantragt, diesen Antrag abzulehnen.

Der Antrag Thomas Huwyler wird mit 51:10 Stimmen (0 Enthaltungen) abgelehnt.

3.122 Verordnung über das Kantonsspital Uri (KSUV)

Artikel 2 und 3

Hier liegt ein Antrag der Gesundheits-, Sozial- und Umweltkommission vor.

Der Regierungsrat erklärt sich einverstanden mit dem Antrag. Damit entfällt eine Abstimmung und es gilt die Fassung gemäss Antrag der Gesundheits-, Sozial- und Umweltkommission.

Artikel 7, neuer Absatz 2

Hier liegt ein Antrag der Gesundheits-, Sozial- und Umweltkommission vor.

Der Regierungsrat erklärt sich einverstanden mit dem Antrag. Damit entfällt eine Abstimmung und es gilt die Fassung gemäss Antrag der Gesundheits-, Sozial- und Umweltkommission. Die bisherigen Absätze 2 und 3 verschieben sich entsprechend.

Artikel 11 Absatz 1

Hier liegt ein Antrag der Gesundheits-, Sozial- und Umweltkommission vor.

Der Regierungsrat erklärt sich einverstanden mit dem Antrag. Damit entfällt eine Abstimmung und es gilt die Fassung gemäss Antrag der Gesundheits-, Sozial- und Umweltkommission.

3.123 Eigentümerstrategie des Regierungsrats für das Kantonsspital Uri

Ordnungsantrag

Dr. Toni Moser, Bürglen, stellt den Antrag, die Eigentümerstrategie an den Regierungsrat zurückzuweisen mit der Direktive, Punkt 5.3.3 wie folgt zu ändern:

Die Mitglieder der Spitalleitung sollen eine fixe Entschädigung erhalten.

Der Rückweisungsantrag wird mit 50:11 Stimmen (0 Enthaltungen) abgelehnt.

Ordnungsantrag

Alois Zurfluh, Attinghausen, stellt den Antrag, die Eigentümerstrategie zurückzuweisen mit der Direktive, Punkt 5.1.2 wie folgt zu ändern:

Der Regierungsrat nimmt Einsitz im Spitalrat.

Der Rückweisungsantrag wird mit 42:19 Stimmen (0 Enthaltungen) abgelehnt.

Zweite Lesung

Gesetzesvorlagen werden vom Landrat grundsätzlich in zwei Lesungen beraten (Art. 93 GO).

Petra Simmen, Altdorf, beantragt, auf eine zweite Lesung zu verzichten.

Dr. Toni Moser, Bürglen, beantragt, die ganze Vorlage einer zweiten Lesung zu unterstellen.

In der Abstimmung obsiegt der Antrag auf Verzicht auf eine zweite Lesung mit 46:15 Stimmen (0 Enthaltungen). Damit kann die Schlussabstimmung vorgenommen werden.

3.13 Beschluss

Nach Artikel 98 Absatz 2 GO verabschiedet der Rat Gesetzesvorlagen mit dem absoluten Mehr. Bei der Abstimmung über Ziffer 1 gilt somit das absolute Mehr. Anwesend sind 62 Ratsmitglieder. Das absolute Mehr beträgt im vorliegenden Fall 32 Stimmen.

Der Landrat beschliesst:

1. Das Gesetz über das Kantonsspital Uri, wie es in Beilage enthalten ist, wird zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet (mit 60:1 Stimmen, 1 Enthaltung).
2. Die Verordnung über das Kantonsspital Uri wird in der gemäss Detailberatung bereinigten Fassung beschlossen (mit 58:2 Stimmen, 1 Enthaltung).
3. Die Eigentümerstrategie des Regierungsrats für das Kantonsspital Uri, wie sie in der Beilage enthalten ist, wird genehmigt (mit 50:11 Stimmen, 0 Enthaltungen).
4. Die Motion der CVP-Fraktion (Patrizia Danioth Halter, Altdorf) vom 25. Mai 2016 zu Revision des Spitalgesetzes wird als materiell erledigt am Protokoll abgeschrieben (mit 59:1 Stimmen, 0 Enthaltungen).

3.2 Nr. 8 L-362 Änderung des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes und der Verordnung über die Eignungsvoraussetzungen für das Kantons- und Gemeindebürgerrecht

Siehe Beilagen

- | | |
|----|--|
| 11 | Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 8. November 2016 |
| 12 | Antrag der Justizkommission vom 11. Januar 2017 |

3.21 Eintreten

Alex Inderkum, Schattdorf, beantragt, auf das Geschäft einzutreten. Den gleichen Antrag stellen Andreas Bilger, Seedorf, Alois Arnold (1981), Bürglen, Marco Roeleven, Altdorf, und Thomas Huwyler, Altdorf.

Eintreten ist nicht bestritten und gilt als beschlossen.

3.22 Detailberatung

3.221 Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KBüG) (1. Lesung)

Keine Bemerkungen.

3.222 Verordnung über die Eignungsvoraussetzungen für das Kantons- und Gemeindebürgerrecht

Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b

Thomas Huwyler, Altdorf, stellt den Antrag, Absatz 1 Buchstabe b wie folgt zu formulieren:

- b) am sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft in der Schweiz und im Kanton Uri ~~und in der Gemeinde~~ teilnimmt;*

Der Antrag wird mit 49:12 Stimmen (0 Enthaltungen) abgelehnt.

Zweite Lesung

Gesetzesvorlagen werden vom Landrat grundsätzlich in zwei Lesungen beraten (Art. 93 GO).

Andreas Bilger, Seedorf, beantragt, auf die zweite Lesung zur Änderung des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes zu verzichten.

Der Antrag auf Verzicht auf die zweite Lesung wird mit 58:2 Stimmen (1 Enthaltung) angenommen. Damit kann die Schlussabstimmung vorgenommen werden.

3.23 Beschluss

Nach Artikel 98 Absatz 2 GO verabschiedet der Rat Gesetzesvorlagen mit dem absoluten Mehr. Bei der Abstimmung über Ziffer 1 gilt somit das absolute Mehr. Anwesend sind 62 Ratsmitglieder. Das absolute Mehr beträgt im vorliegenden Fall 32 Stimmen.

Der Landrat beschliesst:

1. Die Änderung des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht, wie sie in der Beilage enthalten ist, wird beschlossen und zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet (mit 61:0 Stimmen, 1 Enthaltung).
2. Die Verordnung über die Eignungsvoraussetzungen für das Kantons- und Gemeindebürgerrecht, wie sie in der Beilage enthalten ist, wird beschlossen (mit 61:0 Stimmen, 0 Enthaltungen).

3.3 Nr. 9 L-151 Änderung der Verordnung über die Berufs- und Weiterbildung (Bergheimatschule Gurtellen)

Siehe Beilagen

13 Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 25. Oktober 2016

14 Antrag der Bildungs- und Kulturkommission vom 5. Dezember 2016

Landratspräsidentin Frieda Steffen, Andermatt, tritt in den Ausstand. Landratsvizepräsident Christoph Schillig, Flüelen, übernimmt die Leitung für dieses Traktandum.

3.31 Eintreten

Bernadette Arnold, Bürglen, beantragt, auf das Geschäft einzutreten. Den gleichen Antrag stellen Hansueli Gisler, Bürglen, Nina Marty, Altdorf, Cornelia Gamma, Schattdorf, und Claudia Gisler, Bürglen.

Eintreten ist nicht bestritten und gilt als beschlossen.

3.32 Detailberatung

Ordnungsantrag

Markus Zurfluh, Attinghausen, stellt den Antrag auf Unterbruch der Session.

Der Antrag wird mit 55:1 Stimmen (1 Enthaltung) angenommen und die Sitzung für die Mittagspause unterbrochen.

Im Rahmen der Detailberatung werden keine Beschlüsse gefasst.

3.33 Beschluss

Der Landrat beschliesst:

Ziffer 1

Die Änderung der Verordnung über die Berufs- und Weiterbildung, wie sie in der Beilage enthalten ist, wird beschlossen (mit 60:0 Stimmen, 1 Enthaltung).

Ziffer 2

Christian Arnold, Seedorf, stellt den Antrag, der Erhöhung des Globalbudgets gemäss Ziffer 2 der Vorlage des Regierungsrats nicht zuzustimmen.

In der Abstimmung unterliegt dieser Antrag und der Landrat beschliesst (mit 45:12 Stimmen, 4 Enthaltungen):

Das Globalbudget «Personalaufwand 2018» nach Artikel 2 Absatz 1 des Landratsbeschlusses zur Erprobung der Kostenlenkung im Personalbereich mittels Globalbudget wird um 0,176 Mio. Franken erhöht.

3.4 Nr. 10 L-840 Totalrevision der Verordnung über die Schadenwehr

Siehe Beilagen

15 Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 6. Dezember 2016

16 Antrag der landrätlichen Sicherheitskommission vom 9. Januar 2017

3.41 Eintreten

Claudia Schuler, Seedorf, beantragt, auf das Geschäft einzutreten. Den gleichen Antrag stellt Toni Gamma, Gurtneilen.

Eintreten ist nicht bestritten und gilt als beschlossen.

3.42 Detailberatung

Keine Bemerkungen.

3.43 Beschluss

Der Landrat beschliesst mit 61:0 Stimmen (0 Enthaltungen):

Die Totalrevision der Verordnung über die Schadenwehr, wie sie in der Beilage enthalten ist, wird beschlossen.

3.5 Nr. 11 L-362 Kantonale Volksinitiative zur Einreichung einer Standesinitiative zur Abschaffung der obligatorischen Neulenkerkurse (WAB-Kurse)

Siehe Beilagen

17 Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 25. Oktober 2016

18 Antrag der Sicherheitskommission vom 9. Januar 2017

3.51 Eintreten

Claudia Schuler, Seedorf, beantragt, auf das Geschäft einzutreten. Den gleichen Antrag stellen Anton Infanger, Bauen, Ludwig Loretz, Andermatt, Mihriye Habermacher, Erstfeld, und Michael Arnold, Altdorf.

Eintreten ist nicht bestritten und gilt als beschlossen.

3.52 Detailberatung

Pascal Blöchliger, Altdorf, stellt den Antrag, die Volksinitiative dem Volk zur Annahme zu empfehlen.

Die Landratspräsidentin schlägt vor, diesen Antrag in der Schlussabstimmung dem Antrag des Regierungsrats zu Ziffer 2 gegenüber zu stellen.

Der Antragsteller erklärt sich einverstanden.

3.53 Beschluss

Der Landrat beschliesst:

Ziffer 1

Die kantonale Volksinitiative zur Einreichung einer Standesinitiative zur Abschaffung der obligatorischen Neulenkerkurse (WAB-Kurse) gemäss Beilage ist gültig (mit 59:1 Stimmen, 1 Enthaltung).

Ziffer 2

Pascal Blöchliger, Altdorf, beantragt, dem Volk die Volksinitiative zur Annahme zu empfehlen.

In der Abstimmung unterliegt dieser Antrag (Empfehlung zur Annahme) mit 21 Stimmen gegenüber dem Antrag des Regierungsrats, der 40 Stimmen erhält (0 Enthaltungen). Damit beschliesst der Rat:

Die kantonale Volksinitiative zur Einreichung einer Standesinitiative zur Abschaffung der obligatorischen Neulenkerkurse (WAB-Kurse) wird dem Volk zur Ablehnung empfohlen.

Ziffer 3

Der Beschluss ist im Amtsblatt zu veröffentlichen (57:1 Stimmen, 1 Enthaltung).

4. Berichte des Regierungsrats

4.1 Nr. 12 L-841 Bericht zu Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für das Bestattungswesen im Kanton Uri (Postulat Andreas Bilger, Seedorf)

Siehe Beilagen

19 Bericht des Regierungsrats vom 4. Oktober 2016

20 Antrag der landrätlichen Justizkommission vom 11. Januar 2017

4.11 Eintreten

Alex Inderkum, Schattdorf, beantragt, auf das Geschäft einzutreten. Den gleichen Antrag stellt Andreas Bilger, Seedorf.

Eintreten ist nicht bestritten und gilt als beschlossen.

4.12 Detailberatung

Keine Bemerkungen.

4.13 Beschluss

Der Landrat beschliesst einstimmig (mit 57:0 Stimmen, 0 Enthaltungen):

1. Vom Bericht zu Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für das Bestattungswesen im Kanton Uri (Postulat Andreas Bilger, Seedorf) wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat Andreas Bilger, Seedorf, zu Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für das Bestattungswesen im Kanton Uri wird als materiell erledigt am Protokoll abgeschrieben.

4.2 Nr. 13 L-330 Bericht zu Totalrevision des Urner Gastwirtschaftsgesetzes (Postulat Paul Jans, Erstfeld)

Siehe Beilagen

21 Bericht des Regierungsrats vom 20. Dezember 2016

22 Antrag der landrätlichen Volkswirtschaftskommission vom 10. Januar 2017

4.21 Eintreten

Alois Arnold (1965), Bürglen, beantragt, auf das Geschäft einzutreten. Den gleichen Antrag stellen Marcel Bachmann, Silenen, und Nora Sommer, Altdorf.

Eintreten ist nicht bestritten und gilt als beschlossen.

4.22 Detailberatung

Keine Bemerkungen.

4.23 Beschluss

Der Landrat beschliesst (mit 56:0 Stimmen, 2 Enthaltungen):

1. Der vorliegende Bericht zur Totalrevision des Urner Gastwirtschaftsgesetzes wird zur Kenntnis genommen.
2. Das teilweise überwiesene Postulat Paul Jans, Erstfeld, zu Totalrevision des Urner Gastwirtschaftsgesetzes wird als materiell erledigt abgeschrieben.

4.3 Nr. 14 L-720 Bericht zur verkehrspolitischen Standortbestimmung für den Kanton Uri (Motion Patrizia Danioth Halter, Altdorf)

Siehe Beilagen

23 Bericht des Regierungsrats vom 6. Dezember 2016

24 Antrag der landrätlichen Volkswirtschaftskommission vom 10. Januar 2017

4.31 Eintreten

Alois Arnold (1965), Bürglen, beantragt, auf das Geschäft einzutreten. Den gleichen Antrag stellen Céline Huber, Altdorf, und Nora Sommer, Altdorf.

Eintreten ist nicht bestritten und gilt als beschlossen.

4.32 Detailberatung

Keine Bemerkungen.

4.33 Beschluss

Der Landrat beschliesst (mit 57:0 Stimmen, 2 Enthaltungen):

1. Der vorliegende Bericht «Verkehrspolitische Standortbestimmung Kanton Uri» wird «ohne Wertung» zur Kenntnis genommen.
2. Die Motion Patrizia Danioth Halter, Altdorf, zur verkehrspolitischen Standortbestimmung für den Kanton Uri wird als materiell erledigt vom Protokoll abgeschrieben.

5. Parlamentarische Vorstösse

5.1 Nr. 15 L-630 Motion der CVP-Fraktion (Patrizia Danioth Halter, Altdorf) zu Revision des Spitalgesetzes

Hinweis: Die Beratung dieses Traktandums wurde gemäss Beschluss des Landrats vorgezogen.

5.2 Nr. 16 L-270 Motion der Finanzkommission (Georg Simmen, Realp) zu Stärkung der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Finanzkontrolle

Siehe Beilagen

25 Text der Motion vom 4. November 2016

26 Antwort des Regierungsrats vom 13. Dezember 2016

Der Präsident der Finanzkommission, Georg Simmen, beantragt, die Motion erheblich zu erklären. Der Rat diskutiert.

Nach der Diskussion wird die Motion mit 54:4 Stimmen (2 Enthaltungen) erheblich erklärt.

5.3 Nr. 17 L-360 Parlamentarische Empfehlung Christian Arnold, Seedorf, zu Wolf in Uri

Siehe Beilagen

27 Text der Parlamentarischen Empfehlung vom 31. August 2016

28 Antwort des Regierungsrats vom 10. Januar 2017

Christian Arnold, Seedorf, stellt den Antrag auf Diskussion. Diskussion wird beschlossen (mit 57:0 Stimmen, 1 Enthaltung). Christian Arnold, Seedorf, beantragt, die Parlamentarische Empfehlung zu überweisen. Der Rat diskutiert.

Nach der Diskussion beschliesst der Landrat mit 41:16 Stimmen (3 Enthaltung), die Parlamentarische Empfehlung zu überweisen.

6. Fragestunde

Es stellt eine Frage:

- Ludwig Loretz, Andermatt, zum Fahrplan im Urserntal. Volkswirtschaftsdirektor Urban Camenzind, Bürglen, beantwortet die Frage.

Schluss

Landratspräsidentin Frieda Steffen, Andermatt, dankt für die engagierten Diskussionen. Mit dem Hinweis auf verschiedene Anlässe schliesst sie die Session.

Schluss der Sitzung: 16.15 Uhr

6460 Altdorf, 3. Februar 2017

Die Präsidentin:

Die Protokollführerin:

28 Beilagen erwähnt